

Christian Wolff

37 Jahre nach der Friedlichen Revolution – die freiheitliche Demokratie unter Druck

Online-Vortrag bei „Die Corps“

24. September 2026

1 Einleitung

Als am 9. Oktober 1989 70.000 Bürgerinnen und Bürger in Leipzig um den Ring zogen und sich in vielen anderen Städten der damaligen DDR Menschen montags nach den Friedensgebeten in den Kirchen zu Demonstrationen aufmachten, da wurde das verstanden als ein „*Aufbruch zur Demokratie*“, als eine von Diktatur und Bevormundung befreiende Friedliche Revolution unter dem Motto „*Keine Gewalt*“ und „*Für ein offenes Land mit freien Menschen*“. 37 Jahre später müssen wir uns im seit 1990 vereinten Deutschland ernsthafte Sorgen um den Bestand der freiheitlichen, rechtsstaatlichen Demokratie machen. Denn derzeit findet eine Partei nicht nur bei Umfragen, sondern auch bei Wahlen große Zustimmung, teilweise über 40 Prozent, die die Demokratie des Grundgesetzes zerstören, Grundrechte beschneiden und die Menschenwürde völkisch nationalisieren und einschränken will. Also steht er wieder an, der „*Aufbruch zur Demokratie*“ – und zwar nicht nur in Ostdeutschland. Dieser Aufbruch ist eine gesamtdeutsche, europäische Aufgabe.

2 Biografische Notizen

Doch bevor ich darauf weiter eingehe, möchte ich einiges zu mir selbst sagen. So können Sie hoffentlich das besser einordnen, was ich Ihnen vortrage. Von meiner Herkunft her bin ich ein lupenreiner „Wessi“. 1949 in Düsseldorf geboren, hatte ich bis 1991 keinerlei verwandtschaftliche oder sonstige Beziehungen in die DDR. Das System der DDR war mir politisch suspekt; aber ich habe die deutsche Teilung als Folge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und ihrer Verbrechen akzeptiert. Dabei habe ich mir allerdings nicht bewusst gemacht, dass die Lasten der Teilung und die Folgelasten des 2. Weltkrieges zwischen West- und Ostdeutschland sehr ungleich verteilt waren. Für Westdeutschland gab es den Marshall-Plan, um den wirtschaftlichen Aufschwung zu ermöglichen; in Ostdeutschland wurden die im 2. Weltkrieg nicht zerstörten Produktionsstätten demontiert und in die Sowjetunion transportiert – eine Deindustrialisierung, die zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR beigetragen hat.

Als im Oktober 1989 in Leipzig die Friedliche Revolution begann, erlebte ich dies in Mannheim im Sessel sitzend – ich hatte mir beim Fußballspiel mit Konfirmanden meinen Fuß gebrochen. Das war mehr als symbolträchtig. Als Angehöriger der '68er-Generation, die dachte, ohne sie läuft nichts, musste ich nun erleben, wie in Mitteleuropa eine revolutionäre Entwicklung einsetzte, mit der ich zunächst nichts zu tun hatte. 1990 erschien ein SPIEGEL-Essay (Nr. 38/1990) des Schriftstellers Patrick Süßkind, ebenfalls Jahrgang 1949, unter der Überschrift »*Deutschland, eine Midlife Crisis*«¹. In diesem rechnete er mit unserer Generation ab:

¹ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland-eine-midlife-crisis-a-6fb97fc9-0002-0001-0000-000013501977>

Die eigentlichen Greise sind wir, wir 40-jährigen Kinder der Bundesrepublik. ... Uns treffen die Erschütterungen im denkbar ungünstigsten Moment, ... da wir glaubten, unsere Existenz im Griff und die Welt verstanden zu haben ... – jetzt kommt plötzlich die Midlife Crisis in Gestalt der deutschen Einheit über uns! Auf Potenzstörungen wären wir vorbereitet gewesen, auf Prostata, Zahnersatz, Menopause, auf ein zweites Tschernobyl, auf Krebs und Tod und Teufel – bloß nicht auf "Deutsch-land-ei-nig-Vater-land"!

Zu diesen „*eigentlichen Greisen*“ wollte ich nicht gehören – zumal es ab 1990 in mir rumorte: In Osteuropa vollzieht sich Revolutionäres, und wir leben an Rhein und Neckar so weiter, als wäre nichts geschehen! Insofern war es ein Glücksfall, dass ein Lehrer aus Kassel im „*Deutschen Pfarrerberblatt*“ im März 1991 eine Anzeige aufgab, dass an der Thomaskirche Leipzig zwei Pfarrstellen zu besetzen sind. Im April 1991 bin ich dann erstmals nach Leipzig gereist – voller Neugier auf das, was meine Frau und mich erwartete. Auf der einen Seite war es eine Reise in die Kindheit: der schwefelhaltige Geruch, die grau-schwarzen Hausfassaden, mit den Einschüssen aus dem 2. Weltkrieg, die glatt rasierten, notdürftig verschlossenen Dächer – all das erinnerte mich an den Düsseldorfer Norden der 50er Jahre. Auf der anderen Seite spürte ich, als wir in Leipzig aus dem Zug ausstiegen und im riesigen, leeren Hauptbahnhof etwas verloren dastanden: Hier wird sich urbanes, europäisches Leben entwickeln. Hier werden die Weichen neu gestellt. Im September 1991 wurde ich zum Pfarrer an der Thomaskirche gewählt. Im März 1992 begann ich meine Arbeit – nicht als sog. Di-Mi-Do-Beamter, sondern zu Gehaltsbedingungen Ost. Meine Bezüge halbierten sich.

3 Das neue Deutschland

Damit war ich angekommen im *neuen* Deutschland. Denn so wollte ich das vereinte Deutschland verstehen: als etwas historisch *Neues*. Darum habe ich mit dem Begriff „*Wiedervereinigung*“ größte Schwierigkeiten. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist nicht die Fortsetzung des Deutschlands, das nach 1945 selbst verschuldet zerfiel, und schon gar nicht das Deutschland in den Grenzen von 1937, das in den nationalistischen Phantasien rechtsextremistischer Gruppierungen immer noch und wieder herumgeistert.² Das *neue* Deutschland ist entstanden durch den Aufbruch zur Demokratie, durch die Menschen, die sich mit der Friedlichen Revolution aus und von dem System von Diktatur und Bevormundung befreit haben. Darüber hinaus ist das neue Deutschland das Ergebnis dessen, was in der Präambel des Grundgesetzes prophetisch als „*Willen*“ des Deutschen Volkes proklamiert wird - nämlich

als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen ...

Unter dieser Prämisse ist die deutsche Einheit das Beste, was beiden Teilen Deutschlands und Europa passieren konnte.

Jedoch vermisste ich seit 36 Jahren, dass wir uns in Ost und West ganz bewusst als Teil des größer gewordenen Europas verstehen; als ein Land im Aufbruch; ein Land, das dieser Welt eine neue Geschichte erzählen kann: wie sich ohne Gewalt und Blutvergießen eine Revolution vollziehen und Demokratie, Freiheit, Menschenrechte errungen werden können. Darum war es für mich ein Schock, dass sich schon 1990 auf dem Balkan neue kriegerische

² Vgl. zum Beispiel das 10 Punkte Programm der Partei „Der III. Weg“: „Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist die friedliche Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen.“ (<https://der-dritte-weg.info/zehn-punkte-programm/>)

Auseinandersetzungen abzeichneten, und Anfang 1991 der zweite Golfkrieg vom Zaun gebrochen wurde – so als ob den Menschen ganz schnell die Hoffnung auf gewaltfreie Veränderungsprozesse genommen und das Diktat militärischer Interventionspolitik schnell wieder eingetrichtert werden sollte. Parallel dazu war die damalige Bundesregierung der Überzeugung, dass die deutsche Einheit „aus der Portokasse“ bezahlt werden könne, während gleichzeitig 17 Milliarden DM für den Golfkrieg locker gemacht wurden. An dieser friedenspolitischen Schieflage hat sich in 35 Jahren leider wenig geändert, obwohl all die Kriege, die seitdem geführt wurden, nichts anderes als verbrannte Erde hinterlassen haben. Es ist doch absurd, dass sich eine nationalistische Partei wie die AfD derzeit als „Friedenspartei“ aufspielen kann, während sich Regierungspolitiker:innen immer mehr in Kriegerhetorik ergehen. Gleichzeitig versuchen autokratisch regierte Großmächte wie Russland, China und die USA mit imperialer Arroganz, kriegerischer Gewalt und abseits des Völkerrechts ihre Interessen durchzusetzen - und das soll dann noch als „Realpolitik“ akzeptiert werden? Nein, wir brauchen andere Überschriften und Perspektiven, Überschriften, die sich an den Zielen der Friedlichen Revolution orientieren und an denen die Grundwerte einer demokratischen Gesellschaft ablesbar sind.³ Und wir benötigen dringend ein Friedensverständnis, das anknüpft an die Erfahrung Europas, nach dem Desaster des 2. Weltkriegs Interessenskonflikte in Zukunft ohne kriegerische Gewalt auszutragen und kriegstreibende Gegensätze durch Verständigung zu überwinden. Darum vermisste ich seit 1990 eine aktive, Frieden stiftende Rolle der Europäischen Union im Blick auf die Konfliktherde und Krisenregionen dieser Erde.

Ebenso war es für mich mehr als ernüchternd festzustellen, dass sich der organisierte Rechtsextremismus Westdeutschlands 1989/90 Ostdeutschland als neues Aufmarschgebiet auserkoren hatte und dabei an eine schon in der DDR vorhandene Neonaziszene anknüpfen konnte. Schon bei meinem ersten Leipzig-Besuch im April 1991 wurde ich am Abend des 20. April Ohrenzeuge eines Feuerwerks von Neonazis zu Hitlers Geburtstag. Der organisierte Rechtsextremismus konnte das ideologische Vakuum, das mit dem Zusammenbruch des SED-Staates entstanden war, insbesondere bei jungen Menschen als Einflugschneise nutzen. Die Langzeitwirkung dieses unseligen Treibens vor allem im ländlichen Raum wurde in den ersten 20 Jahren nach 1990 völlig unterschätzt, ja ignoriert. Diejenigen, die schon damals vor der Fruchtbarkeit des braunen Schoßes⁴ gewarnt hatten, wurden weitgehend alleingelassen. Erst nach 2010 und dann nach dem Aufkommen von Pegida 2015 schwante immer mehr Verantwortlichen, dass der Rechtsextremismus keine Randerscheinung ist und dass der Ausspruch des ersten Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsens nach der Friedlichen Revolution, Kurt Biedenkopf, „*Die Sachsen sind immun gegen Rechtsextremismus*“ schon zum Zeitpunkt seiner Äußerung 2001 eine gefährliche Selbsttäuschung war. In viel zu vielen kleinen Ortschaften Sachsens fiel schon in den 90er Jahren nicht der Rechtsextremist, sondern der Demokrat auf.

Zusätzlich wirkte ein Missverständnis, dem nicht wenige Ostdeutsche erlegen sind: Sie verstehen die Vereinigung als Wiedergeburt einer deutschen Nation, durchaus mit völkischem Unterton. Sie klammern dabei die Bedingung völlig aus, ohne die es das vereinte Deutschland nie gegeben hätte: die Einbettung Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft. Hier möchte ich daran erinnern, dass der Artikel des Grundgesetzes, nach

³ Siehe dazu auch <https://wolff-christian.de/friedliche-revolution-oder-doch-wieder-nur-verbrannte-erde/>

⁴ „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ Bertolt Brecht, Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui, in: ders., Die Stücke von Bertolt Brecht in einem Band, Frankfurt am Main 1980, S.728

dem die Vereinigung vollzogen wurde, Artikel 23, heute das ausführt, was in der Präambel festgelegt und Bedingung für die Deutsche Einheit war und ist: die Verwirklichung des vereinten Europas durch die Europäische Union. So ganz nebenbei: Da die AfD, nicht nur laut ihres Leipziger Abgeordneten im europäischen Parlament, Siegbert Droese, die Europäische Union mit der „Abrisssbirne“⁵ zertrümmern will, ist sie schon allein deswegen eine verfassungswidrige Partei.

4 Probleme der Einheit

Heute komme ich an der nüchternen wie ernüchternden Feststellung nicht vorbei: 36 Jahre deutsche Einheit bedeuten leider auch 36 Jahre Leben von der Substanz, während die ostdeutsche Gesellschaft zunächst einem Dauerveränderungs- und Aneignungsturbo ausgesetzt war. Dabei hätten 1990 auch in Westdeutschland die Signale auf Umbruch, Aufbruch, Reform stehen müssen. Diejenigen, die es damals miterlebt haben, mögen sich erinnern, wie die Lage in der alten BRD war:

- Die Demokratie war erlahmt;
- die Wirtschaft, vor allem die Autoindustrie, befand sich Ende der 80er Jahre in einer tiefen Krise;
- die Mobilität bedurfte insbesondere in den Großstädten einer Umsteuerung (Gütertransport weg von Straße auf die Schiene, Ausbau des ÖPNV);
- in der Klima- und Energiepolitik hätte spätestens nach Tschernobyl auf erneuerbare Energiequellen umgesteuert werden müssen;
- die Kirchen hätten schon lange auf die sich abzeichnende Säkularisierung und den Mitglieder-Exodus reagieren müssen, statt unbesehen das westdeutsche Kirchensystem auf Ostdeutschland zu übertragen.

Doch mit der Deutschen Einheit im Oktober 1990 hatten sich alle Reformgedanken und Erneuerungsnotwendigkeiten erst einmal erledigt. Das fällt uns 36 Jahre später in allen gesellschaftlichen Bereichen schwer auf die Füße. Dabei verkenne ich nicht, dass gerade in Ostdeutschland tatsächlich „*blühende Landschaften*“ (Helmut Kohl) entstanden sind. Nur: Die Neuaneignung der Demokratie, die Gestaltung einer offenen, auf Europa ausgerichteten Gesellschaft, die Vorteile von kultureller Vielfalt und freiheitlichen Lebensmodellen wurden in allen Bereichen – Schulen und Universitäten, Kirchen und Gewerkschaften und vor allem im ländlichen Raum - vernachlässigt. Damit blieb eine wichtige Herausforderung einfach unerledigt liegen: die radikalen Veränderungen, die mit einschneidenden Verlusterfahrungen (Arbeit, Wohnung, familiäre Bindungen) verbunden waren, mit dem Aufbruch zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Einklang zu bringen. Die fatale Folge: Die rechtsstaatliche, freiheitliche Demokratie wurde eher als Bedingung, als Ursache für die Verwerfungen im persönlichen Umfeld angesehen denn als eine Möglichkeit, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können und so auch für die eigenen Interessen einzutreten. Ich habe in den vergangenen Wochen in Sachsen-Anhalt beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf viele Gespräche geführt. Was einem nicht selten voller Bitterkeit entgegengeschleudert wird: *Alles ist gescheitert ... Es muss sich was ändern ... Deutschland ist am Ende ... so kann es nicht weitergehen*. Gleichzeitig wurde und wird auf diesem Hintergrund eine Verharmlosung der DDR-Zeit gefördert, die nun auf die Generation Z abfärbt. Bis heute fehlt in Ostdeutschland eine Generationenauseinandersetzung im Blick

⁵ <https://wolff-christian.de/droeses-hammerrede-oder-so-zerstoert-die-afd-europa/>

auf die DDR, also ein '68 – und damit ein Neu-Aneignungsprozess dessen, was 1989 erkämpft wurde: die Demokratie.

Daher rührt ein mich bis heute irritierendes, distanziertes Verhältnis vieler Menschen in Ostdeutschland zu dem, wie sich das Leben nach 1990 trotz allen Widrigkeiten positiv entwickelt hat. Mehr noch: Viele Menschen haben das Gefühl, an dieser Entwicklung gar nicht beteiligt zu sein und pflegen die Opferrolle. Dass Städte wie Meißen, Erfurt, Leipzig oder Chemnitz sich seit 1990 zu attraktiven Ortschaften entwickelt haben, das haben nicht westdeutsche Phantome bewirkt, sondern das ist vor allem den Menschen vor Ort, ihrem Engagement und Einsatz zu verdanken. Darum halte ich die Kurz-Erzählung für höchst problematisch: *Die Menschen in Ostdeutschland haben das DDR-System zum Einsturz gebracht ... dann kam die Einheit ... und dann hatten sie nichts mehr zu sagen.* Bei allem Verständnis für Verlust- und Frusterfahrungen gerade in den 90er Jahren: 36 Jahre nach der Vereinigung haben die Bürger:innen Ostdeutschlands allen Anlass, sich selbstbewusst an ihrer enormen Leistung zu erfreuen. Doch stattdessen scheinen sich jetzt viele Menschen eine DDR 2.0 zu wünschen mit sanierten Fassaden, vollen Supermärkten und Simson-Motorrädern.

Allerdings sollten wir auch die Auswirkungen einer Tatsache bedenken, die kaum Beachtung findet: der personale und industrielle Transfer von Ost nach West zwischen 1949 bis 1989. Dieser Transfer hat wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung der BRD West und zum Niedergang der DDR beigetragen. Er ist aus meiner Sicht weit höher zu veranschlagen als der finanzielle Transfer von West nach Ost nach 1990. Wenn nun eine „Ostquote“ bei der Besetzung von Führungspositionen in Ostdeutschland gefordert und so getan wird, als gehörten die meisten Westdeutschen, die nach 1990 nach Ostdeutschland gekommen sind, eben doch nur zur „zweiten und dritten Garnitur“, oder seien als „Abzocker“ unterwegs gewesen, dann sei die Frage erlaubt: Wer sollte denn nach 1990 die Führungspositionen besetzen? Etwa die abgewirtschaftete Nomenklatura der SED? Ostdeutschland war angewiesen auf Frauen und Männer, die zumindest zeitlich befristet in Rostock, Potsdam oder Magdeburg mit angepackt haben. Dass darunter auch Menschen waren, die sehr egoistische Ziele verfolgten, ist keine Überraschung. Doch eine weitere Frage sei erlaubt: Ist jemand wie ich nach 34 Jahren Leben in Leipzig heute Ostdeutscher oder Westdeutscher, zumal ich zuletzt mit einer Tschechin verheiratet war, die seit 1970 in Leipzig lebte und der ich eine ganz persönliche Osterweiterung verdanke? Oder gehören nicht solche Menschen – und das trifft auch für viele Geflüchtete zu - zu denen, auf die jede Ortschaft dieser Welt angewiesen ist, wenn sie sich entwickeln und nicht im eigenen Mief ersticken will? So sehe ich im Zuzug vieler Geflüchteter nach 2015 in erster Linie einen Brunnquell von Chancen und Möglichkeiten. Wie viele Ortschaften in Ostdeutschland hätten sich von der Tristesse von Überalterung und Entvölkerung befreien können, wenn sie die Chance der Neuansiedlung von Geflüchteten entschlossen genutzt und die Integration als „Aufbau Ost“ verstanden hätten, anstatt sich vom montäglichen Gebrüll „abschieben“ verunsichern zu lassen?

Dennoch und bei aller Kritik: 36 Jahre nach der Vereinigung sehe ich viele neue Aufgaben, viele Probleme, die wir nur gemeinsam lösen können: vor Ort, demokratisch, europäisch. Dazu haben die Rechtsnationalisten von der AfD nichts beizutragen – außer dass sie hetzen, lügen, spalten und Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufbringen und dadurch eine höchst gefährliche Ausgrenzungs-Identität schaffen: *Wir definieren uns über die Abwertung anderer.* So bietet sich denen, die in Ostdeutschland 1989 hinter der Gardine standen oder

noch gar nicht geboren waren, nun die zweifelhafte Möglichkeit, die damals verpasste Revolution nachzuholen, indem sie sich auf die Umsturz- und Galgen-Fantastereien von Pegida und AfD einlassen und deren kalte Abwertungs- und Vergeltungsrhetorik übernehmen. Doch was viele Menschen in ihrer Wut, ihrem Verdruss und ihrem Herumirren im digitalen Sumpf verkennen: Sie hebeln damit das aus, was 1989 erkämpft wurde und ihnen erst die Möglichkeit gibt, so zu agieren: der Aufbruch zur Demokratie. Doch der funktioniert nur, wenn wir uns alle mit unseren Gaben und Möglichkeiten in die Gesellschaft einbringen und Europa als unseren Lebensraum wertschätzen, anstatt mit den Rechtsextremisten von der AfD zu zündeln. Dass diese Partei gefährlich und verfassungswidrig ist, stellte jüngst der AfD-Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund, das angeblich freundliche Gesicht der AfD, unter Beweis. Auf einer Pressekonferenz wurde er nach der Ansiedlung einer Rüstungsfirma in Sachsen-Anhalt gefragt. Er antwortete, dass er nichts gegen Rüstungsproduktion habe, „weil wir bei (der) späteren Remigrations- und Abschiebeoffensive natürlich auch entsprechende Hilfsmittel brauchen“.⁶ Gnade uns Gott, wenn das Regierungspolitik wird.

5 Wie wollen wir zusammenleben?

Es stellt sich jetzt vor allem eine Frage: Wie wollen wir in Zukunft zusammenleben? Auf welchen Wertekanon können wir uns verständigen, welche Orientierungspunkte können und sollen wir im gesellschaftspolitischen Diskurs kommunizieren? Vor 12 Tagen habe ich auf der Kundgebung „AfD stoppen“⁷ auf dem Leipziger Marktplatz dazu folgende fünf Hinweise gegeben – nicht um zu belehren, sondern um Wegmarkierungen aufzuzeigen:

1. Wir müssen die Grundwerte, auf die wir zurückgreifen und auf die wir uns stützen, offensiv kommunizieren, leben und nähren mit der „*Botschaft von der Friedfertigkeit, von der Erhaltung des schwachen und gekränkten Lebens, von der Notwendigkeit der Diskussion und des Kompromisses*“ (Carl Amery)⁸, eine entscheidende Aufgabe der Kirchen:
 - Die **Würde eines jeden Menschen**, die nach Artikel 1 des Grundgesetzes unantastbar ist.
 - Die **Nächstenliebe**. Der nächste Mensch ist ja nicht nur der, den ich kenne und mag. Der:die Nächste ist der Mensch, den Gott mir in den Weg legt! Ich kann ihn mir nicht aussuchen.
 - Die **Goldene Regel** aus der Bergpredigt Jesu, nach der der Mensch alles, was er von anderen erwartet, auch selbst praktizieren soll. Ziel und Praxis sind eben zwei Seiten einer Medaille!
 - Das Prinzip „**Keine Gewalt**“ in der politischen Auseinandersetzung. Gewaltfreiheit muss Ausgangspunkt für alle Politik sein, um so Gewalt zu minimieren. Dazu gehört, das Gewaltmonopol des demokratischen Rechtsstaates zu achten.
 - Die **Anerkennung und Förderung der Vielfalt** von Lebensentwürfen und kulturellen Möglichkeiten. Doch Vielfalt ist nicht zu verwechseln mit Beliebigkeit in der Achtung der Grundwerte.
2. Wir sollten endlich wieder das positiv besetzen und in Politik umsetzen, was uns ein einigermaßen **friedliches Zusammenleben** ermöglicht:
 - Wir müssen offensiv vertreten, dass die Beheimatung in meinem jeweiligen Zuhause und die Bejahung Europas zusammengehören.

⁶ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-siegmund-reaktionen-100.html>

⁷ <https://wolff-christian.de/afd-stoppen-rede-auf-der-kundgebung-am-12-09-2026/>

⁸ Carl Amery, Hitler als Vorläufer. Auschwitz – der Beginn des 21. Jahrhunderts?, München 1998, S.187

- Jede Form von Nationalismus muss überwunden bzw. verhindert werden. Denn in ihm steckt der Keim des nächsten Krieges.
- 3. Entscheidend wird sein, dass wir neue **demokratische Beteiligungsmodelle** entwickeln. Mir ist in vielen Gesprächen aufgefallen, dass Menschen über ihre Stadt, ihr Land so reden, als säßen sie auf der Zuschauertribüne, als hätten sie nichts zu tun mit dem, was geschieht. Nein, keine Bürgerin, kein Bürger ist Zuschauer:in. Wir sind alle beteiligt – nicht nur bei Wahlen. In diesem Sinn ist jeder einzelne verantwortlich für das, was ist, und für das, was werden soll.
- 4. Wir benötigen ein Mindestmaß an **gerechter Teilhabe** – an Wohnen, Bildung, Arbeit, Einkommen. Diese Teilhabe fällt nicht vom Himmel. Dazu ist Engagement nötig – in den Gewerkschaften, in den Parteien, in Initiativen, in der Zivilgesellschaft. Ganz offen gesagt: Es engagieren sich zu wenig Menschen in den demokratischen Parteien.
- 5. Schließlich brauchen wir ein neues Bewusstsein davon, was wir unter „**das Volk**“ verstehen: nämlich die Summe all der Menschen, die hier leben und in aller Unterschiedlichkeit mit uns das Leben teilen. Ich kann und will sie mir nicht aussuchen – als Christ schon einmal gar nicht, denn das „Volk Gottes“ hat nichts mit „Nation“ zu tun. Also kann und muss ich erkennen: Meine Interessen sind nicht unbedingt identisch mit den Interessen anderer, aber beide müssen wir einen Ausgleich finden. Das ist Demokratie.

Wie sich das konkret auswirken könnte, will ich an einem Beispiel veranschaulichen: Wir benötigen im vereinten Deutschland dringend eine dem einzelnen Menschen zugewandte, interventionistische, lösungsorientierte Bildungs-, Sozial- und Integrationspolitik – insbesondere im ländlichen Raum und in den prekären Stadtteilen. Wir können uns den enorm angewachsenen Sockel von Menschen ohne Schulabschluss mit all den Langzeitfolgen und sozialen Verwerfungen nicht länger leisten. Wir sollten uns deswegen daran erinnern, dass der Verfall der Häuser in der DDR-Zeit mit einem Loch in der Dachrinne begann. Nach Jahrzehnten ungestörtem Schadensverlauf wuchsen nicht nur die Birken aus den Dächern, auch die Diktatur absoluter Mittelmäßigkeit brach in sich zusammen. - Verkommene Schulgebäude und versiffte Toiletten, der Verfall von Stadtteilen, die marode Infrastruktur bei der Bahn und Bevölkerungsgruppen, die nicht mehr dazugehören, entstehen nicht an einem Tag. Wir benötigen eine Politik und ein bürgerschaftliches Engagement, die entschlossen reagieren, frühzeitig eingreifen und eigenverantwortlich handeln. Das ist zunächst weniger eine Frage des Geldes, sondern eine Frage unserer demokratischen Geistesgegenwart und bürgerschaftlichen Verantwortung. Auch wenn die Aufgabe riesig ist – wer sie anpackt, wird Erfolg haben.

6 Gute Aussichten

Wenn Sie mich nun fragen, woraus ich auch angesichts der mich tief erschütternden Ergebnisse bei den Landtagswahlen in diesem September und der dramatischen weltpolitischen Vorgänge meinen Optimismus schöpfe, dann nenne ich Ihnen drei Dinge:

- Wir leben in Mitteleuropa in einer historisch gesehen ziemlich einmaligen Situation: Wir können die notwendigen Veränderungen und Erneuerungen demokratisch gestalten und unter **Friedensbedingungen** durchführen. Nicht Trümmerberge zwingen uns zum Neuanfang, sondern der Erhalt von Frieden und freiheitlicher Demokratie. Darum sollten wir uns hüten, dieses in einer panischen Angst vor

„*Entheimatung*“ (Wolfgang Thierse) für ein „Linsengericht“⁹ bzw. eine Bratwurst aus der Hand eines Ulrich Siegmund auf's Spiel zu setzen. Wir haben weiter die Möglichkeit, das Zusammenleben der Vielen friedlich zu gestalten.

- Die tiefe **Dankbarkeit** für alles, was sich seit 1990 dennoch entwickelt hat. Sie bewahrt vor Gedankenlosigkeit, Verbitterung und Verdruss. Denn *dumm ist, wer den Dank vergisst*.¹⁰ Dankbarkeit ist eben keine Höflichkeitsfloskel sondern ermöglicht eine Grundhaltung: den aufrechten Gang. Denn nichts von dem, was dem Leben dient, ist selbstverständlich.
- Das **Vertrauen** darauf, dass Gott aus Allem, auch aus Niederlagen, Scheitern und Katastrophen, Gutes entstehen lassen kann und will. Aber auch ER braucht dazu Menschen, die sich durch nichts beirren und entmutigen lassen.¹¹

Lassen Sie uns zu diesen Menschen gehören!

Christian Wolff, Pfarrer i.R.

info@wolff-christian.de

www.wolff-christian.de

⁹ Die Redewendung geht zurück auf den hungernden Esau, der sein Erstgeburtsrecht an seinen Zwillingsbruder Jakob für ein „Linsengericht“ abgegeben hat (Die Bibel: 1. Mose 25,29ff).

¹⁰ Mit diesem Satz begann der damalige Ratsvorsitzende der EKD, Klaus Engelhardt, seine Predigt im Ökumenischen Gottesdienst zum Tag der Deutschen Einheit am 03. Oktober 1997 in Stuttgart.

¹¹ „*Ich glaube, daß Gott aus allem, auch aus dem Bösesten, Gutes entstehen lassen kann und will. Dafür braucht er Menschen, die sich alle Dinge zum Besten dienen lassen.*“ Dietrich Bonhoeffer, Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, hrsg. von Eberhard Bethge, München 1970, S.20